

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 165 (1999)

Heft: 9

Artikel: Telefonnummer für europäische Sicherheitspolitik gefunden

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-66007>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

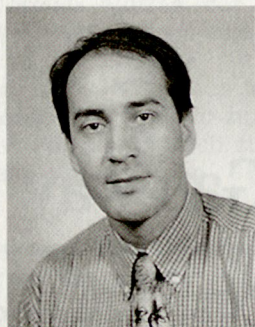
Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Telefonnummer für europäische Sicherheitspolitik gefunden

Igor Perrig

Im Schatten des Krieges um das Kosovo und der Veröffentlichung des Sicherheitspolitischen Berichtes 2000 der Schweiz sind wegweisende sicherheitspolitische Entscheidungen der Europäischen Union in der öffentlichen Wahrnehmung etwas untergegangen. Die Europäische Union hat am EU-Gipfel Anfang Juni in Köln mit der Umsetzung der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) begonnen und dazu den amtierenden NATO-Generalsekretär Javier Solana zum hohen Repräsentanten «Mr GASP» gewählt.



**Igor Perrig, Dr. phil. I
Chef Sektion PfP,
Generalstab,
Hauptmann im Armeestab.**

Damit soll die aussen- und sicherheitspolitische Zwergenrolle der EU überwunden, dem wirtschaftlichen auch entsprechendes aussenpolitisches Gewicht verliehen werden. Nach der Einführung des Euro soll also die Zeit bis zur nächsten EU-Erweiterungsrunde durch einen Integrationsschritt der Sicherheitspolitik genutzt werden.

Diese Beschlüsse, obwohl durch die laufende Balkankrise sicher beeinflusst, sind das Resultat langjähriger Planung, und das Konzept wurde bereits schon im Maastrichter (1992), vor allem aber im Amsterdamer Vertrag (seit 1. Mai 1999 in Kraft) festgelegt. Das Ziel ist es, Europa aus der vollkommenen Abhängigkeit der USA im sicherheitspolitischen Bereich zu emanzipieren, ohne dabei auf die NATO zu verzichten, oder bestehende Strukturen zu duplizieren. Immer wieder wird betont, dass es nicht darum geht, die USA zu konkurrenzieren, sondern nach aussen einheitlich und geschlossen aufzutreten. Damit erfüllt sich nach 25 Jahren Henry Kissingers Wunsch nach der Einführung eines einzigen sicherheitspolitischen Telefonanschlusses in Europa.

Im Rahmen dieser Sicherheits- und Verteidigungsunion sollen vor allem die Bereiche friedensschaffende und friedenserhaltende Kriseneinsätze in eigener Regie geplant und durchgeführt werden. Mehr ist zurzeit mit Rücksicht auf die neutralen EU-Staaten nicht drin. Konkret heisst dies, dass die GASP keinen Bündnischarakter, keine Kollektivverteidigung umfasst. Dies bleibt allein das Kennzeichen der NATO (Art. 5). Militärisch wird sich die GASP auf die Umsetzung der Petersberger Ziele beschränken. Die EU-Mitgliedstaaten sind nun also aufgerufen, bis Ende 2000 ihre Streitkräfte so zu restrukturieren, dass sie für diese Krisenbewältigungsoperationen geeignet sind. Im Gipfelbericht werden die Charakteristiken dieser Streitkräfte mit «Dislozierbarkeit, Durchhaltevermögen, Interoperabilität, Fle-

xibilität und Mobilität» beschrieben. Eigenschaften also, die auch für alle NATO geführten Peace Support Operations Voraussetzung sind und die im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden auch von den Partnerstaaten eingeübt werden.

Als Kernelement dieser geeinten europäischen Sicherheitspolitik soll mittelfristig die WEU in die EU voll integriert und zum bewaffneten Arm der EU werden. Ähnlich wie mit dem Euro wird es dabei zu einer freiwilligen Teilnahme der EU-Staaten kommen. Wer aus neutralitätspolitischen Gründen der WEU nicht beitreten will/kann, wird nicht dazu gezwungen. Es gibt auch schon Überlegungen, dass sich die WEU mit der Integration in die EU gänzlich auflösen könnte. Somit würde der Allianzcharakter der GASP wegfallen. Nur einige militärische Führungsinstrumente würden erhalten bleiben und der EU zur Verfügung stehen. Andererseits soll sich das Eurocorps zu einer Art Rapid Reaction Force Europas entwickeln.

Für die Schweiz stellt sich bei einer Diskussion um einen EU-Beitritt nun auch die Frage, wie weit sie eine europäische Aussen- und Sicherheitspolitik mittragen kann und/oder will. Der neue Sicherheitspolitische Bericht, wie auch schon der Bericht zur Aussenpolitik von 1993 zeigt dazu klar die Strategie der Schweiz auf. Die vermehrte Kooperation soll ausgebaut und vertieft, die Schweiz ein aktiver Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur werden. Dies ist, am Rande bemerkt, durchaus mit unserer Neutralität vereinbar, da die GASP keine Bündnispflicht umfasst.

Das Gesicht der Europäischen Union hat mit der Einführung der GASP sein Antlitz geändert. Wir sind Zeuge grundlegender Veränderungen in Europa. Dieses wandelt sich nicht von einem Tag auf den andern, sondern ist das Resultat langer Prozesse. Der Prozess zur GASP hat 1948 mit der Gründung der WEU eingesetzt. Der Europäischen Union folgte die gemeinsame Währung und nun die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik. Die Visionen eines Churchill, aber auch der anderen europäischen Gründerväter, beginnen sich zu verwirklichen. Es wächst zusammen, was zusammenwachsen muss. ■